



Geschichte und politische Lage

Antike bis Mittelalter

Bereits im 2. Jahrtausend v. Chr. besiedelten Berberstämme das Gebiet des heutigen Marokko. Ab dem 8. Jahrhundert v. Chr. gründeten die Phönizier von Karthago aus Handelsniederlassungen und Seefahrtsstützpunkte entlang der Küste des Mittelmeers. Im Landesinnern entstand vermutlich schon im 4. Jahrhundert v. Chr. durch den Zusammenschluss mehrerer Berberstämme das Königreich Mauretaniens.

Nach der Zerstörung Karthagos 146 v. Chr. gerieten die Handelsniederlassungen an der Küste wie auch das Königreich Mauretaniens unter römischen Einfluss. 42 n. Chr. wurde das Gebiet als *Mauretania Tingitana* mit der Hauptstadt Tingis (heute Tanger) zu einer römischen Provinz.

Um 700 n. Chr. erreichten die Araber bei ihren Vorstößen nach Westen die Gegend des heutigen Marokko und begannen mit der teils gewaltsamen Islamisierung der Berber. Die Region wurde nach dem arabischen Wort für Westen oder Sonnenuntergang *al-Maghrib* genannt. *Al-Maghrib* ist heute auch der arabische Name Marokkos.

Nach unzähligen Berberaufständen gegen die arabische Herrschaft wurde Idris ibn Abdallah, der ursprünglich aus der heiligen Stadt Medina im heutigen Saudiarabien stammte, von den Berbern Nordmarokkos als religiöses Oberhaupt anerkannt. Durch eine geschickte Bündnispolitik weitete er seinen Machtbereich aus und gründete 789 als Idris I. das Königreich der Idrisiden mit der Hauptstadt Fès, welche bis Ende des 10. Jh. wichtigstes Zentrum des Islam in Nordafrika war. Darauf folgte die Machtergreifung weiterer arabischer Dynastien, unter anderen der Almohaden, welche Marokko im 11. und 12. Jh. durch ausgedehnte Eroberungen zum Herzstück eines Reiches machten, das sich von Sizilien im Osten über das tunesische, algerische und marokkanische Atlasgebirge bis weit nach Spanien hinein erstreckte. Ab dem 15. Jh. gerieten die Machthaber Marokkos ausserhalb ihres Kernlandes jedoch immer mehr unter den Druck europäischer Mächte, bis 1492 die Reconquista, die Rückeroberung Spaniens durch die Christen, mit der Einnahme Granadas abgeschlossen war.

Kolonialzeit und Unabhängigkeit

Im 16. Jh. begannen Portugiesen und Spanier an der marokkanischen Küste Stützpunkte zu errichten. Spanien hatte bereits unmittelbar nach Abschluss der Reconquista Melilla besetzt, später kam noch Ceuta dazu. Beide Städte sind noch heute in spanischem Besitz. Um 1520 kontrollierte Portugal alle wichtigen Atlantikhäfen des Landes. Unter der mächtigen Dynastie der Saadier entwickelten sich im 16. und 17. Jahrhundert ausgedehnte Handelsbeziehungen zu den europäischen Staaten.

1669 ergriffen die Alawiden, die noch heute in Marokko herrschende Dynastie, die Macht und befreiten die meisten Küstenstädte, die von Spanien und Portugal besetzt waren. Marokko war das erste Land, das die jungen USA im Jahre 1777 offiziell anerkannten. Die *Moroccan-American Treaty of Friendship* von 1783 ist der längste ungebrochene Freundschaftsvertrag der USA mit einem anderen Staat.

Nach der Eroberung Algeriens versuchte Frankreich ab 1830, seinen Einfluss auch auf Marokko auszudehnen. Von 1843 bis 1844 kam es zum Krieg, der mit einer Niederlage der marokkanischen Truppen endete. In der Folge wurde Marokko zum Zankapfel europäischer Mächte, die um Territorien in Afrika konkurrierten. Im Marokko-Kongo-Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland von 1911 wurde Marokko schliesslich im Eintausch gegen Teile Kameruns als alleiniges französisches Einflussgebiet anerkannt, doch bereits ein Jahr später wurde das Land in die Protektorate Französisch-Marokko und Spanisch-Marokko aufgeteilt. Formal blieb aber trotz der Fremdherrschaft ein Sultan Oberhaupt Marokkos.

Das französisch-spanische Protektoratsregime wurde nur von wenigen Berberstämmen anerkannt, sodass die Geschichte Marokkos in der ersten Hälfte des 20. Jh. von unzähligen antikolonialen Aufständen geprägt war. Unter Sultan Mohammed V. (1927 bis 1961), der im Zweiten Weltkrieg auf Seiten Frankreichs stand, gewann ab den 1940-er Jahren zusätzlich auch die arabisch-nationalistische Unabhängigkeitsbewegung an Einfluss. Spanien und Frankreich konnten ihre Protektoratsmacht schliesslich gegen derart breite Opposition nicht mehr aufrecht erhalten und mussten das Land 1956 in die Unabhängigkeit entlassen. 1957 nahm Sultan Mohammed V. den Königstitel an.

Die „bleiernen Jahre“ unter König Hassan II.

Nach dem Tod König Mohammeds V. 1961 folgte ihm sein Sohn Hassan II. auf den Thron. Dieser strebte gegen aussen einen Kurs der Westorientierung an, mit starker Anlehnung an das Europa der späteren EU und vor allem an Frankreich. Im Inneren verfolgte er jedoch eine harte Repressionspolitik gegen politische Gegner. Tausende Oppositioneller waren unter seiner Herrschaft als politische Gefangene von massiven Menschenrechtsverletzungen betroffen.

Die Innenpolitik Hassans II. war im Ausland kaum Gegenstand öffentlicher Kritik, da der König durch die rigorose Unterdrückung jeglicher politischer Opposition – egal ob säkular-demokratischer oder islamnaher Gruppierungen – als Garant der Stabilität in einer potentiell instabilen Region galt, die in Europa in den 1980er und 1990er-Jahren als heikelste Schnittstelle mit Afrika betrachtet wurde. Das Schweigen Europas zur Unterdrückung der Opposition und zu den systematischen Menschenrechtsverletzungen wurde in den späten Jahren von Hassans Regentschaft auch dadurch gerechtfertigt, dass 1992 im Nachbarland Algerien ein blutig geführter Bürgerkrieg mit islamistischem Hintergrund ausbrach, dessen Übergreifen auf die Nachbarländer befürchtet wurde. Im Kontext einer zunehmenden Radikalisierung europafeindlicher Kräfte im Maghreb hätte durch die Destabilisierung Marokkos aus damaliger Sicht ein Gefahrenpotential von schwer abschätzbaren Dimensionen entstehen können.

Reformen unter König Mohammed VI.

Seit dem Tod Hassans II. im Jahr 1999 herrscht sein Sohn Mohammed VI. über das Land. Als in Europa promovierter, moderner Monarch verfolgt er eine gemässigtere Politik als sein Vater. Auf seiner politischen Agenda stehen unter anderem die Bekämpfung von Armut und Korruption sowie die Verbesserung der Menschenrechtslage. Diese bietet dennoch Anlass zur Kritik, zumal Menschenrechtsorganisationen die Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Zusammenhang mit der staatlichen Sicherheit nach wie vor als stark eingeschränkt beurteilen.

In der konstitutionellen Monarchie Marokkos nimmt der König sowohl im politischen wie auch im gesellschaftlichen und religiösen Gefüge eine dominante Stellung ein. Als Staatsoberhaupt ernennt und entlässt er Minister und die obersten Richter, er kann das Parlament auflösen, Neuwahlen anordnen und sogar per Dekret regieren. Neben dem Oberbefehl über das marokkanische Militär steht dem König traditionellerweise auch die Rolle des geistlichen Oberhauptes der muslimischen Bevölkerung zu.

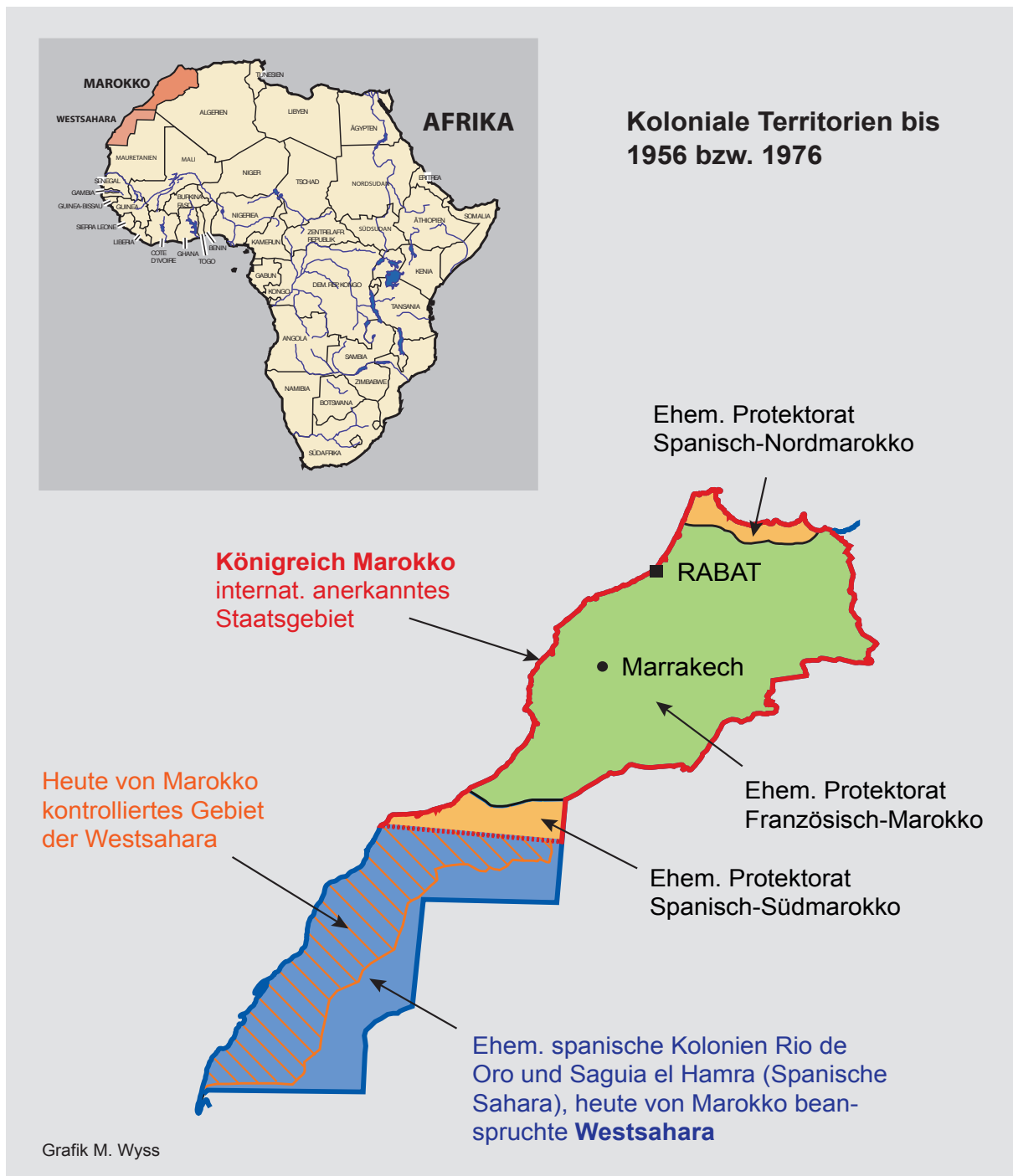
Die politischen Tagesgeschäfte werden faktisch vom Ministerpräsidenten geführt. Die Befugnisse der zwei Parlamentskammern hingegen sind sehr eingeschränkt, alle vom Parlament verabschiedeten Gesetze bedürfen der Zustimmung des Monarchen. Gegenwärtig gibt es in Marokko rund 30 verschiedene Parteien, wovon jeweils ungefähr ein Dutzend ins Parlament gewählt werden. Die letzten Parlamentswahlen im November 2011 galten als frei und fair, waren aber überschattet von einer niedrigen Wahlbeteiligung von nur 45%.

Da die Aufstände in der arabischen Welt im Frühjahr 2011 in gemässigter Form auch Marokko erreichten, fürchtete Mohammed VI. um die Stabilität des Landes und kündigte Verfassungsreformen an. Die konkreten Reformschritte, über welche der Monarch sein Volk am 1. Juli 2011 in einem Referendum abstimmen liess, und welche nach offiziellen Angaben mit überwältigender Mehrheit angenommen wurden, sind allerdings sehr zurückhaltend und werden von der Opposition als ungenügend bezeichnet. Mohammed VI. sieht sich aber nicht nur mit zahlreichen säkulären Oppositionsbewegungen konfrontiert, als Verfechter einer moderaten Modernisierung steht er auch in scharfem Kontrast zu islamisch-fundamentalistischen Kräften. Dies insbesondere seit der Einführung eines liberaleren Familienrechts im Jahr 2004, welches die Rechte der Frauen stärkte.

Westsaharakonflikt

Der südliche Grenzverlauf des marokkanischen Staatsgebietes ist nach wie vor umstritten. Das offizielle Marokko betrachtet die Westsahara als Teil seines Staatsgebietes, während die internationale Gemeinschaft nur das, etwas mehr als halb so grosse Gebiet des 1956 unabhängig gewordenen Marokkos als Staatsgebiet anerkennt. Da die dünn besiedelte Westsahara geopolitisch derzeit von geringem Interesse zu sein scheint, ist der Konflikt abgesehen von einigen wenig erfolgreichen Vermittlungsversuchen der Vereinten Nationen von der internationalen politischen Agenda verschwunden.

Der Konflikt ist ein Erbe der Kolonialzeit. Das Territorium, welches 1956 als Königreich Marokko in die Unabhängigkeit entlassen wurde, umfasste nicht das ganze Gebiet der ehemaligen französischen und spanischen Besitzungen. Die spanischen Kolonien Rio de Oro und Saguia el Hamra, also das Gebiet der heutigen Westsahara, verblieben als Provinz Spanisch-Sahara weiterhin bei Spanien, bis dieses seine Kolonialherrschaft 1976 unter internationalem Druck aufgab.



Marokko und Mauretanien beanspruchten das, von Spanien aufgegebenes Gebiet aufgrund historischer Bindungen beide für sich, weshalb sie es im Verhältnis zwei zu eins unter sich aufteilten. Die Saharaische Widerstandsorganisation *Frente Polisario* (Frente Popular para la Liberación de Saguia el Hamra y Rio de Oro) bestand aber auf dem Selbstbestimmungsrecht des Saharaischen Volkes, welches 1975 in einem Urteil des internationalen Gerichtshofs festgehalten wurde, und rief kurz nach der Unabhängigkeit die *Demokratische Arabische Republik Sahara* aus. Diese wurde von der Afrikanischen Union sowie von ca. 50 Staaten weltweit anerkannt, weshalb Marokko aus der Afrikanischen Union austrat, zu dessen Gründungsmitgliedern es gehörte.

Die Frente Polisario, seit 1975 finanziell und logistisch von Algerien unterstützt, führte einen intensiven und verlustreichen Widerstandskampf gegen Marokko und Mauretanien. In Folge dieses Kampfes erklärte Mauretanien 1979 den Verzicht auf alle Ansprüche an der Westsahara, woraufhin Marokko auch das südliche, ehemals mauretanisch verwaltete Drittel annektierte. Im weiteren Verlauf der Kämpfe konnte Marokko die Polisario-Kämpfer immer weiter in Richtung der Grenze zu Mauretanien zurückdrängen, wodurch jene Teile der Saharaischen Bevölkerung, die auf Seiten der Frente Polisario kämpften, zur Flucht nach Algerien gezwungen wurden.

1988 stimmten Marokko, das in der Westsahara-Frage international zunehmend isoliert war, wie auch die militärisch bedrängte Frente Polisario dem Westsahara-Plan der Vereinten Nationen zu. Dieser sah einen Waffenstillstand sowie die Durchführung einer Volksabstimmung über das zukünftige Schicksal des okkupierten Territoriums vor. Der Waffenstillstand wurde bisher eingehalten und von den Vereinten Nationen durch die MINURSO-Mission (Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental) überwacht. Das Referendum hingegen wurde immer wieder verschoben, weil zwischen den Kontrahenten keine Einigung über die genaue Zahl der Stimmberechtigten erzielt werden konnte. Auch 1997 und 2007 erneut unternommene Versuche, ein Referendum zu organisieren, verliefen aus demselben Grund im Sande. Seit 2010 fanden weitere Verhandlungsrunden statt, welche ausser einer neuerlichen Verlängerung der MINURSO-Mission keine substantziellen Resultate brachten.

Unterdessen betreibt Marokko eine aktive Besiedlungspolitik in der Westsahara und investiert in den Ausbau der Infrastruktur. Es kontrolliert derzeit die westlichen zwei Drittel des Gebietes, die gesamte Küste, alle größeren Ortschaften sowie die bedeutenden Phosphatvorkommen. Die Frente Polisario bzw. die Demokratische Arabische Republik Sahara kontrollieren das Hinterland an der Grenze zu Mauretanien. Der größte Teil der Saharaischen Bevölkerung lebt heute jedoch außerhalb der Westsahara in den, mittlerweile zu festen Siedlungen ausgebauten Flüchtlingslagern im algerischen Tindouf, wo ca. 180'000 Menschen beinahe vollständig von der Hilfe internationaler Organisationen abhängig sind.